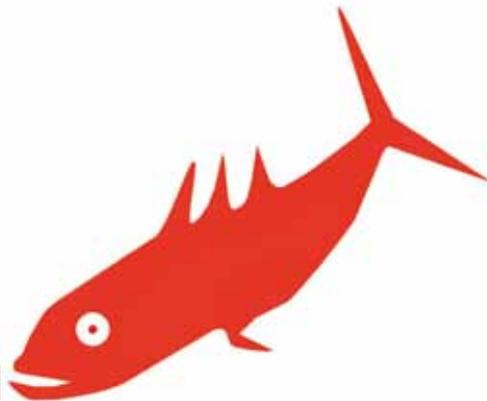


# Der rote Stichling



## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,  
vor fünf Monaten hatten Sie unseren ersten Roten Stichling in Ihren Briefkästen. Unser Redaktionsteam erfuhr eine tolle Resonanz. Dafür sagen wir Ihnen ein herzliches Dankeschön.

Und wie versprochen machen wir weiter. Denn es gibt noch einiges zu verbessern in unserer schönen Stadt. Ich denke da an die Situation in den Schulen oder den Verkehr, an die Probleme von älteren Mitbürgern oder von Familien. Zum Glück gibt es Mitmenschen, die sich mit viel Zeit, Energie und Liebe für andere engagieren. Tun Sie ein Gleiches, helfen Sie mit. Viele Menschen werden dankbar dafür sein.

Und es wird endlich Zeit, dass Entscheidungen getroffen und nicht in geheimen Verhandlungen gültige Stadtratsbeschlüsse ausgehebelt werden. Wenn Lindau noch länger auf den St. Nimmerleinstag wartet, an dem die Bahn eine Lösung anbietet, wird das wichtige Tagungsgeschäft wirklich Schaden nehmen. Frau Seidl, verabschieden Sie sich endlich von dem für Lindau viel zu teuren Hirngespinnst eines Kongresszentrums am Bahnhof! Es muss jetzt die Entscheidung für einen Umbau der Inselhalle kommen. Nicht zuletzt ist damit auch der Bahn ein entscheidendes Druckmittel genommen. Und wenn Sie, Frau Oberbürgermeisterin, es nicht können, dann sollten darüber die Bürger entscheiden.

Bis zur nächsten Ausgabe

Ihr Hans-Jörg Boschner (Stellv. Vorsitzender der SPD Lindau)

## Inhalt

Editorial.....	1
Stadtflucht im Schulbus .....	1
Lindau in der Wirtschaftskrise .....	2
Lindauer Fundstücke.....	3
Dafür haben wir uns eingesetzt.....	4
Stau in der Stadtentwicklung.....	5
Jenseits vom Überfluss .....	6
Plötzlich ist alles anders .....	8
Das Letzte .....	8

Das Impressum finden Sie auf  
Seite 6.

## Stadtflucht im Schulbus

Von Hermann Dorf Müller

**Von über hundert Schülerinnen und Schülern aus dem Unteren Landkreis Lindau ist die Rede, die anstatt eine der Lindauer Hauptschulen zu besuchen, ein Bildungsangebot im benachbarten Baden-Württemberg in Anspruch nehmen. Hier ist Ursachenforschung angesagt.**

Betrachtet man das Bildungsangebot der ländlichen Schul- bzw. Bildungszentren in Bodnegg (wo der größte Teil der Schulflüchtlinge ankommt) oder in Amtzell, so findet man Ganztagschulen mit einem weitgefächerten Angebot von Hausaufgabenbetreuung, Fördermaßnahmen, Angeboten zum Erwerb sozialer Kompetenz, Neigungskursen im musisch-kreativen oder im sportlichen Bereich. Hier sind mit Unterstützung des Kultusministeriums z.T. Modellschulen entstanden, die die strikte Trennung der Haupt- und Realschüler in den oben genannten Bereichen überwinden. Gleichzeitig bieten sie Hauptschülern die Möglichkeit eines Werkrealschulab-

schlusses im zehnten Schuljahr, sogar mit Französisch als zweiter Fremdsprache. In Amtzell besuchen alle Schüler die Förderstufe im fünften und sechsten Jahrgang. So wird der unselige Wettlauf der Kleinen in der Grundschule auf Gymnasium und Realschule zwar nicht völlig aufgehoben, aber es entsteht doch in diesen Bildungszentren ein Angebot, das die Chance hat, allen gerecht zu werden.

In Kressbronn ist ebenfalls alles unter einem Dach: Grundschule, Hauptschule, Realschule. Hier finden sich schon immer auch Schüler aus Wasserburg und Nonnenhorn – schon allein wegen der Nähe der Schule und dem Wegfall der Schulsprengelgrenzen in Lindau.

Auch hier kooperieren Hauptschule und Realschule. Das Ganztagsunterrichtsangebot ist aber erst im Aufbau. Am gemeinsamen Mittagessen können alle teilnehmen. Solche Bildungszentren mit Ganztagsbetrieb erfordern

natürlich weit mehr Lehrer als an bayerischen Hauptschulen wie denen in Lindau. Ich habe selber an der Hauptschule Reutin miterlebt, wie unser Angebot an unsere SchülerInnen im Laufe der Jahre zusammengestrichen wurde: Mannschaftssport, Schulchor, Instrumentalgruppe, Fotokurs, Töpferkurs, Schulgartengruppe waren mit dem Budget an Lehrerstunden, das uns das Kultusministerium zur Verfügung stellt, nicht mehr zu leisten. Das hat nicht zur Attraktivität unserer Hauptschulen beigetragen. Diese Entwicklung hat die falsche Sparpolitik der bayerischen Staatsregierung zu verantworten.

Heute rächt sich, dass in Lindau nie der Gedanke umgesetzt werden konnte, integrative Schul- und Bildungszentren zu bauen, wie wir sie in unserer Nachbarschaft entstehen sahen. Unsere Hauptschulen stellen dazu keine Alternative dar. Sie leiden an Auszehrung und sitzen in zwei verschiedenen Stadtteilen. Da reicht es nicht, die Schulsprengelgrenzen aufzuheben, damit die Klassen möglichst gut aufgefüllt werden können. Da reicht es auch nicht, für diese beiden Schulen nur noch einen Rektor vorzusehen. Das sind alles Sparmaßnahmen auf Kosten der Hauptschulen!

Die Tatsache, dass so viele Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule mit dem Schulbus aufs Land flüchten, hat aber noch einen hausgemachten Grund: Das ist der Gastschulbeitrag, den die Umlandgemeinden

an die Stadt bezahlen müssen, wenn sie ihre Schüler in die Hauptschule Lindau Reutin (über 1800 Euro im Jahr) oder Aeschach (1400 Euro) schicken.

Die Gemeinden Weißensberg, Sigmarszell und Hergensweiler haben mit der Gemeinde Bodnegg einen Gastschulbeitrag von 400 Euro jährlich vertraglich vereinbart. Kein Wunder, dass diese die Buskosten von über 50 Euro monatlich voll übernehmen, wenn die Kinder nach Bodnegg fahren. Auf Grund der sinkenden Geburtenzahlen müssen wir aber jede Anstrengung unternehmen, damit sich die Stadtfucht im Schulbus nicht mehr lohnt. Das geht nur mit einem attraktiven Angebot. Und das geht nur mit mehr Lehrerstunden pro Schüler.

Ein Lichtblick ist aber zu verzeichnen. Dieses Jahr beginnt der Ganztagsunterricht mit gemeinsamem Mittagessen in Reutin. Die notwendigen Voraussetzungen hat die Stadt mit einem Anbau aus eigener Kraft geschaffen.

Und ein zweiter Lichtblick ist zu vermelden: Das Bayerische Kultusministerium kommt zu der späten Einsicht, dass Ganztagschulen eine Notwendigkeit sind und mehr Lehrerstunden zugewiesen bekommen sollen. Und die beiden Lindauer Hauptschulen bleiben bestehen, sagt das Schulamt. Jede mit einer eigenen Schulleitung. Da haben Frau Seidl, CSU und Freie Bürger wohl auf das falsche Pferd gesetzt!

## Lindau in der Wirtschaftskrise

*Von Hans-Jörg Boschner*

**Wer hätte das vor einem Jahr geglaubt. Renommierte Lindauer Betriebe finden sich, wie so viele andere weltweit, in einem Abwärtssog, ausgelöst durch die Gier mancher Geldmanager und deren unverantwortliche Geschäfte. Die ArbeitnehmerInnen, ja nahezu alle Bürger müssen für deren Verfehlungen zahlen. Es wird Zeit, den Wild-West-Methoden einen Riegel vorzuschieben.**

Einen der renommiertesten und bislang auch hervorragend aufgestellten Lindauer Betriebe hat es voll erwischt. Die Mitarbeiter der Lindauer Dornier arbeiten schon seit Mai letzten Jahres in Kurzarbeit. Sollte sich die Auftragslage in den nächsten Wochen nicht bessern, wird es Kurzarbeit Null sein. Das heißt nicht nur Verzicht auf einen Teil des Einkommens, auch wenn durch die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung einiges abgedeckt wird. Es bedeutet vor allem eine große seelische Belastung für die Mitarbeiter und deren Familien. Auch bei Metzeler ist Kurzarbeit schon beschlossen, fast alle dort beschäftigten Leiharbeiter sind schon freigestellt worden und die meisten wurden von ihren Entleihfirmen dann auch prompt entlassen. Ein Schicksal, das auch den bis jetzt noch Festangestellten droht, bei Dornier sind bereits hundert Stellen gestrichen und weitere bedroht. Bei Liebherr und Continental, bei Siemens VDO, bei Xomox Tufin kann zur Zeit nichts ausgeschlossen werden, weder Kurzarbeit

noch Stellenabbau. Die Auswirkungen sind schon jetzt für den Einzelhandel und das Handwerk zu spüren. Die Umsatzrückgänge erreichen bereits ein Ausmaß, das auch dort einen Arbeitsplatzabbau erwarten lässt. Dass die Steuereinnahmen ebenfalls wegbrechen werden und damit auch die Handlungsfähigkeit der Stadt eingeschränkt wird, mit allen sozialen Folgen, ist bereits heute abzusehen. So werden aus windigen Geschäften Weniger, die in den letzten Jahren auch noch weit überdurchschnittlich vom Aufschwung profitierten, Verluste für alle, und noch mehr von den 50 % der Bevölkerung, die in den letzten Jahren ohnehin keinen nennenswerten Zuwachs ihres Vermögens hatten. Dass trotzdem von den führenden Vertretern der Wirtschaft und der Banken eine Regulierung der Märkte abgelehnt wird, ist für eine Partei, die den Menschen verpflichtet ist, nicht mehr zu akzeptieren. Und es schlägt für uns Sozialdemokraten dem Fass den Boden aus, wenn durch die von Union und FDP propagierten Steuersenkungen auch noch die Reichsten ihren Anteil am Gemeinwesen weiter reduzieren können.

Wie muss dieser „New Deal“ aussehen. Wir fordern für die Arbeitnehmer und Rentner, für Kinder und für Arbeitslose, für alle, die einen angemessenen Beitrag zur Gemeinschaft leisten wollen, dass dieser Gier endlich ein Riegel vorgeschoben wird. Es muss die Regulierung kommen und zwar unter der

absoluten Prämisse, dass so viele wie möglich von einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft profitieren. Deswegen müssen endlich Mindestlöhne eingeführt werden, und zwar in einer Höhe, dass jeder davon leben kann. Auch müssen die Betriebsräte und die Gewerkschaften wieder erstarben, denn nur so kann auch der kleine Arbeitnehmer wieder Einfluss gewinnen. Es darf niemandem gekündigt werden, nur weil er sein Gutes Recht in Anspruch nehmen will. Und es ist endlich an der Zeit, dass die sogenannten „Leistungsträger der Gesellschaft“ ihren entsprechenden Anteil auch wirklich leisten, sei es über eine

Zwangsanleihe, über Steuererhöhungen oder über eine gerechte Erbschaftssteuer. Und bevor jetzt der übliche Reflex der konservativen Bedenkenträger kommt, möchte ich gleich entgegnen, dass mit solchen und ähnlichen Maßnahmen die große Wirtschaftskrise in den USA nach 1928 auf eine Weise bewältigt wurde, die beispiellos ist. Damals wurde genau dadurch gerade die breite Masse der Bevölkerung enorm gestärkt. Die Arbeitslosigkeit ging in einem Maß zurück, das bis heute seinesgleichen sucht. Und das, obwohl der Spitzensteuersatz in den Staaten damals zeitweise auf über 80 % angehoben wurde.

**Gleich vormerken! Europafest der SPD am 23. Mai am Europaplatz in Lindau. Wir sehen uns!** [www.spd-lindau.de](http://www.spd-lindau.de)

## Lindauer Fundstücke

### Lindauer Justitia

Hoch oben an der Lindauer Rathausfassade steht die Göttin der Gerechtigkeit und blickt herab auf den Bismarckplatz. Ausgestattet mit dem Symbol der Waage für die Ausgewogenheit eines gerechten Urteils und dem Schwert als Symbol der Strafe fehlt ihr aber ihr drittes Symbol, nämlich die Augenbinde, mit der sie seit dem 15. Jahrhundert dargestellt wurde. Die soll garantieren, dass gerechte Urteile immer ohne Ansehen der Person gefällt werden. Ein Schelm, wer darin eine Erklärung für die Lindauer Interpretation von Ensemble- und Denkmalschutz sieht. Stahlbalkone an mittelalterlichen Hausfassaden und eine Abrissgenehmigung in der Ludwigstraße sollten den Bürger nicht verunsichern. So ist sie eben, die Lindauer Justitia!



Trotzdem, manche schreiben ihr jetzt durchaus göttliche Fähigkeiten zu. Grenzt es denn nicht an ein Wunder, dass unsere Oberbürgermeisterin jetzt den mit ihrer Stimme gefassten Beschluss des Bauausschusses zum Abriss des Lieben Augustin aussetzt um seine Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen?

### Schandfleck I

Wie wär's, Herr Dr. Stolze, da Sie nun schon die Lizenz zum Abreißen haben? Diese Ruine in der Ludwigstraße schräg gegenüber vom „Lieben Augustin“ steht zum Verkauf. Hier könnten wenigstens zwei Wohnungen für Mitarbeiter entstehen oder für andere Lindauer. Das wäre eine gute Tat pro Lindau!



### Schandfleck II

So sieht also unsere Visitenkarte an der Einfahrt ins Stadtgebiet von Lindau über der Friedrichshafener Straße aus. Wahrscheinlich stammt sie aus einer Zeit, als die Spielbank noch nicht verstaatlicht war. Wie lange wollen wir uns diese Negativ-Werbung noch gefallen lassen? Hallo, Pro Lindau, schleunigst abreißen lassen!

# Dafür haben wir uns eingesetzt

**Kindergarten St. Stephan:**  
Die SPD Lindau fordert von der Stadt Lindau die Unterstützung für den Fortbestand der Kinderbetreuungsangebote (Kindergarten und Kinderkrippe) des Kindergartens St. Stephan auf der Insel.

Nachdem es der Stadtverwaltung nicht gelungen ist, das frühere Hauptzollamt als Ersatzquartier für die Kindertagesstätte zu erwerben, ist die baldige Aufnahme der nötigen Sanierungsmaßnahmen am bisherigen Standort „Alter Schulplatz“ um so dringlicher.

Die dafür nötigen staatlichen Zuschüsse kann nur die Stadt beantragen. Da die Evangelische Diakonie in Lindau e.V. als Trägerin der Einrichtung den Umbau nur mit diesen Zuschüssen finanzieren kann, ist der Fortbestand von Kindergarten- und Krippenplätzen noch immer nicht gesichert (wie berichtet, erlischt im April 2010 die Betriebserlaubnis für die Kindertagesstätte, wenn die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht rechtzeitig durchgeführt werden).

Die SPD Lindau fordert die Stadtverwaltung auf, endlich die nötigen Anträge auf die Fördermittel, die der Freistaat Bayern für die erforderlichen Umbauten bereithält, zu stellen! Die Zeit drängt!

**Der Lindaupass (siehe Infokasten):**  
Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde vom Stadtrat beschlossen, auch den Eintritt ins Limare (Hallenbad) in den Leistungskatalog aufzunehmen.

Na also, warum nicht gleich so? Der Lindau-Pass gilt ab sofort auch im Limare – ist ja auch logisch. Jetzt haben Kinder und Jugendliche mit Lindau-Pass freien Eintritt, Erwachsene Lindau-Pass-Inhaber zahlen wie Kinder ohne Lindau-Pass. Warum es aber dazu erst einen Antrag von Stadträtin Katrin Dorfmueller und Bürgermeister Dr. Uwe Birk brauchte, konnte Frau Oberbürgermeisterin Seidl auch nicht erklären.

„CSU - näher am Menschen“ klingt gut in Wahlkampfzeiten. Mit der Umsetzung hapert es aber noch.

**Behindertengerechte Toiletten:**  
Leider konnten bei der geforderten Umsetzung der EU-Richtlinien für behindertengerechte Toiletten keine Verbesserungen erzielt werden.

Es wäre ja auch zu schön gewesen! Man stelle sich vor: Ganz ohne Druck, einfach so, gewissermaßen freiwillig hätten Obine und Stadtverwaltung ein Problem angepackt und auch gelöst – ist ja nur eine EU-Richtlinie! Aber vielleicht klappt's ja vor der nächsten OB-Wahl, wenn Frau Seidl völlig erstaunt erfährt, dass auch Rollstuhlfahrer wählen dürfen.

## Informationen zum Lindaupass

### Wer kann den Lindau-Pass beantragen?

Genau nachlesen kann man das in § 2 der „Satzung der Stadt Lindau für den Lindau-Pass“. Kurz gesagt kann jeder, der seinen Hauptwohnsitz in Lindau hat und staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt (z.B. Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II (Hartz IV), Grundsicherung) erhält, den Lindau-Pass beantragen. Außerdem alle, deren anrechenbares Einkommen nicht höher ist als 110% des Sozialhilfesatzes.

### Was kostet der Lindau-Pass?

Nichts! Man muss lediglich nachweisen, dass man zum berechtigten Personenkreis gehört.

### Wo beantragt man den Lindau-Pass?

Bei der Stadt Lindau – Sozialabteilung,  
Bregenzer Str. 12 (Tel 918 381 oder 918 382)

### Wie lange gilt der Lindau-Pass?

Im Jahr der Beantragung bis zum 31. Januar des Folgejahres – dann muss eine Verlängerung beantragt werden.

### Wie viele Menschen nutzen den Lindau-Pass?

Für 2008 wurden insgesamt 216 Pässe ausgestellt. In den ersten Wochen 2009 waren es erst 49 Pässe.

### Welche Vergünstigungen kann man erhalten?

- Im Strandbad Eichwald, im Freizeitzentrum Oberreitnau und im Limare, im Museum und auf der Kunsteisbahn ist der Eintritt für Kinder bis 18 kostenlos (Erwachsene bezahlen den Jugendtarif).
- Bei der Stadtbücherei entfällt die jährliche Leihgebühr und wer als Erwachsener den Stadtbus benützt, bekommt 5 Euro der Monatskarte zurückerstattet.
- Außerdem gibt es Ermäßigungen für das Theater, für Konzerte und für Kurse der Volkshochschule.
- Auch für den Besuch der Musikschule gibt es abhängig vom Einkommen erhebliche Nachlässe.

**Mit der SPD in Lindau gut informiert**

# Stau in der Stadtentwicklung

**Bahnhofsfrage, Hafenstreit, Tagungszentrum – viele Probleme sind zwar Dauerbrenner, aber irgendwie auch hausgemacht. Der Rote Stichling hat bei SPD-Stadtrat und Bürgermeister Dr. Uwe Birk nachgefragt.**

**Roter Stichling: Herr Dr. Birk, viele Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass die Stadtentwicklung in Lindau im Vergleich zu anderen Bodenseestädten stagniert. Woran liegt das?**

Dr. Uwe Birk: Richtig ist, dass zumindest drei große Projekte in den Diskussionen stecken geblieben sind: der Erwerb unseres Seehafens, das Thema Bahn und das Tagungszentrum. Die Entscheidungen hierzu sind zwar komplex und schwierig, allerdings ist aus meiner Sicht doch einiges an der gegebenen Situation „hausgemacht“.

**Roter Stichling: Gibt es noch Möglichkeiten, den Hafenstreit mit der Stadt Konstanz außergerichtlich beizulegen?**

Dr. Uwe Birk: Eine gerichtliche Auseinandersetzung sollte unbedingt vermieden werden, denn die anfallenden Kosten belasten beide Städte völlig unnötig. Da sich die Verhandlungsrunde der beiden Stadtspitzen festgefahren hat, sollte jetzt ein großer, runder Tisch mit Fraktionsvertretern beider Städte zusammengerufen werden. Diese Initiative sollten die Oberbürgermeister schnell ergreifen, um doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

**Roter Stichling: Alle Fraktionen sind sich bei der Inselanbindung einig. Kann die Stadt Lindau dieses Vorhaben finanzieren?**

Dr. Uwe Birk: Bislang hatte der Stadtrat eine eindeutige Position: Wir akzeptieren zwar eine Bahnhofsverlegung nach Reutin, verlangen jedoch gleichzeitig eine schienenmäßige Anbindung der Insel. Dementsprechend hat sich die Stadt im Planfeststellungsverfahren positioniert. Nachdem Vertreter der Bahn inzwischen nicht mehr bestreiten, dass eine Anbindung der Insel notwendig ist, bestehen gute Chancen, die Kosten hierfür der Bahn AG aufzuerlegen.

**Roter Stichling: Welche Konsequenzen hat dies für die Bahnunterführungen?**

Dr. Uwe Birk: Bei dieser Diskussion gefällt mir die aktuelle Entwicklung überhaupt nicht. Offenbar nimmt die Bahn AG den Wunsch über die Abtrennung des Planfeststellungsverfahrens für die Bahnunterführungen zum Anlass, um der Stadt zu sagen: „Dann bezahlt ihr die Inselanbindung aber mit!“ Sie weiß, dass dies rechtlich vermutlich gar nicht zulässig ist, und deshalb geht es ihr wahrscheinlich um etwas anderes: die Bahn AG wird erwarten, dass ihr finanzielles „Entgegenkommen“ dadurch entgolten wird, dass sie ein sehr großes Bau- und Mitspracherecht auf der westlichen Insel

erhält. Dieser „Deal“ kann nicht im Interesse unserer Stadtentwicklung liegen. Die Planungshoheit muss in jedem Fall bei der Stadt Lindau verbleiben. Für die freiwerdenden Flächen brauchen wir ein vernünftiges Stadtentwicklungskonzept, dem ein städtebaulicher Wettbewerb vorausgeht. Ich hoffe, dass alle Verantwortlichen gegenüber der Bahn AG standhaft bleiben. Selbst wenn dadurch eine vorzeitige Abkopplung des Planfeststellungsverfahrens für die Bahnunterführung gefährdet wird und es zu einem Streit über die Einbeziehung der Inselanbindung kommt. Wenn der Freistaat Bayern sich grundsätzlich bereit erklärt hat, Bahnkilometer zur Inselanbindung zu bestellen, wird sich auch die Bahn AG nur schwer einer Inselanbindung widersetzen können.

**Roter Stichling: Ist ein Tagungszentrum am Bahnhof überhaupt noch realistisch? Wann fällt endlich eine Entscheidung?**

Dr. Uwe Birk: Unsere Fraktion weist seit langem darauf hin, dass dem Wunschdenken nach einem Tagungszentrum am Bahnhof zwei unüberwindliche Hürden entgegenstehen. Zum einen weiß niemand, wann mit der Verlegung des Hauptbahnhofs von der Insel nach Reutin zu rechnen ist – zu viele Entscheidungen stehen hier noch aus. Zum anderen ist die Finanzierbarkeit eines großen, neuen Tagungszentrums am Bahnhof nicht darstellbar. Tagungszentren sind erfahrungsgemäß sowohl bei der Erstellung, als auch bei den laufenden Kosten, defizitär. Die SPD hat deshalb von Anfang an ein Lindauer Modell am Standort der Inselhalle favorisiert. Die zeitnahe Aufwertung der Inselhalle ist mit einem übersichtlichen Kostenaufwand umsetzbar. Die Inselhalle ist auch für die Bedürfnisse der Tagungsgäste und der Lindauer durchaus ausreichend. Alles andere ist wie gesagt Wunschdenken.

**Roter Stichling: Gefährdet eine weitere Verzögerung nicht den Kernbereich des Tagungsgeschäfts?**

Dr. Uwe Birk: Selbstverständlich. Die Verantwortung für die eingetretene Verzögerung tragen aber diejenigen Fraktionen und städtischen Entscheidungsträger, die einem Wunschdenken nachhängen. Die Inselhalle ist rasch zu sanieren und unsere Fraktion wird sich deshalb weiterhin dafür einsetzen. Probleme sind da, um sie zu lösen. Eine Lösung erfordert nur etwas Fingerspitzengefühl und den Mut zu Entscheidungen. Bei der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 24.03.2009 muss eine Entscheidung zur Sanierung und dem Ausbau der Inselhalle fallen.

# Jenseits vom Überfluss

Von Hermann Dorf Müller

In der letzten Nummer haben wir versprochen, die Einrichtungen und Vereine vorzustellen, die sich um die Menschen kümmern, die in unserer gespaltenen Gesellschaft ganz unten angekommen sind. Damals haben wir noch nicht ahnen können, wie aktuell dieses Thema im Zeichen der Weltwirtschaftskrise werden wird. Vorweg möchten wir uns bei all den Menschen und Vereinen bedanken, die durch tätige Mithilfe oder Spenden diese Einrichtungen unterstützen.

## Ein Unternehmen mit Chancen

Es steht schon seit fast zwei Jahren in der Ladestraße. Hier hat jeder die Chance, für wenig Geld Gegenstände des täglichen Gebrauchs zu erwerben. Es gibt da fast alles außer Textilien. Und man kann dort alles hinbringen, was noch gut zu gebrauchen ist und was man selber nicht benötigt, z. B. Weihnachtsgeschenke, für die man beim besten Willen keine Verwendung findet. Hier wird auch einem guten Dutzend arbeitsloser Menschen und einem Auszubildenden die Chance geboten, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Seit geraumer Zeit verfügt das Unternehmen Chance auch über Werkstatträume für Holz und Metall, wo etwas repariert werden kann. Außerdem im Angebot: diverse Dienstleistungen, wie bügeln und Rasen mähen. Etwa dreißig Ehrenamtliche helfen mit. Einfach mal reinschauen!

Montag bis Freitag von 10.00 bis 12.30 Uhr und von 13.30 bis 18.00 Uhr, Samstag von 10.00 bis 14.00 Uhr.

## Jeder braucht mal Hilfe – gerade auch am Bahnhof

Die Bahnhofsmision der evangelischen Diakonie Lindau mit ihren Mitarbeitern hilft Menschen in Krisensituationen. Oft muss zwischen den am Bahnhof Gestrandeten und Behörden ein Kontakt hergestellt werden, oft brauchen sie „nur“ jemanden, bei dem sie sich aussprechen können. Der Großteil, gebrechliche Reisende, Mütter mit Kindern, allein reisende Kinder, benötigt beim Ein- oder Aussteigen, vor allem beim Umsteigen tatkräftige Hilfe. Die Zahl der Einsätze wächst jedes Jahr. Und dennoch unterstützt die Deutsche Bahn AG diesen notwendigen Dienst am Kunden nur durch Überlassung eines Raumes. Geld hat sie dafür nicht. Die Stadt, die Evangelische Landeskirche und der Landkreis leisten zusammen ca. 10000 Euro Zuschüsse im Jahr. Wie die Zukunft aussieht, das weiß keiner. Auch wenn hier weitgehend ehrenamtliche Arbeit geleistet wird, das reicht bei weitem nicht aus.

Die Bahnhofsmision braucht dringend Spenden an die Evangelische Diakonie in Lindau e.V., Kontonummer 620011924 bei der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim BLZ 73150000, Verwendungszweck: Bahnhofsmision.



SPD lässt sich im Unternehmen Chance informieren. von links nach rechts: Peter Borel, Markus Kubatschka, stv. Landrätin Barbara Krämer-Kubas, Stadtratsfraktionsvorsitzende Angelika Rundel, Paul Wengert, MdL

## Caritas im wahrsten Sinn – der Tafelladen und mehr

Jeden Tag werden die Regale neu aufgefüllt mit Backwaren, Gemüse, Obst und Milchprodukten. Alles was in den verschiedensten Lindauer Lebensmittelgeschäften und Bäckereien übrig geblieben ist. Rund 300 Lindauerinnen und Lindauer haben von der Caritas einen Berechtigungsschein bekommen und können sich hier zu ganz, ganz kleinen Preisen mit Lebensmitteln versorgen. Viele alleinstehende Menschen, vorwiegend ältere. Auffallend viele Mütter, die hierher kommen, haben daheim drei und mehr Kinder. Täglich kommen um die 30 Personen zwischen 10.30 und 12.00 Uhr. Nur am Mittwoch ist von 14.00 bis 15.30 Uhr geöffnet. Die Ehrenamtlichen haben jeweils schon zwei Stunden vor Öffnung angefangen, die neuen Waren in die Vitrinen zu räumen und das Gemüse zu putzen. Nach Ladenschluss muss aufgeräumt und sauber gemacht werden. Wer schon länger in dem Laden der Caritas mithilft, kennt seine Kundschaft. Es herrscht eine freundliche Atmosphäre, die Zeit lässt, auch ein paar Worte miteinander zu wechseln.

## Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Lindau  
Felsgasse 1, 88131 Lindau  
[www.spd-lindau.de](http://www.spd-lindau.de)

V. i. S. d. P.

Hans-Jörg Boschner

Redaktionsteam:

Hans-Jörg Boschner, Hermann Dorf Müller,  
Ursula Heuß, Markus Kick, Barbara  
Krämer-Kubas, Hans-Günther Winkler

Fotos:

Private Fotos der Redaktion

Satz und Layout:

Markus Kick

Druck:

Druckerei Kleb, Wangen-Haslach

**SPD**

Ortsverein Lindau

## Mitmachen - bewegen - gestalten

Machen Sie mit in der SPD.  
Werden Sie jetzt Mitglied.

Engagieren Sie sich für ein l(i)ebenswertes Lindau.  
Infos unter 08382 9431766 oder im Internet unter  
[www.spd-lindau.de](http://www.spd-lindau.de)



Volle Regale im Tafelladen der Caritas

Ebenfalls von der Caritas gibt es jeden Samstag im Heilig-Geist-Spital ein schmackhaftes Mittagessen zu kleinen Preisen – und das für jeden, der mag!  
Das Spendenkonto der Caritas: 620033860 Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim BLZ 73150000.

### Gelebte Nächstenliebe – die Nachbarschaftshilfe

Vor fast 20 Jahren entstand die ökumenische Nachbarschaftshilfe Lindau-Aeschach. Eine der größeren privaten Spenden der ersten Jahre wurde in meinem Sozialistenhut in Lindenberg gesammelt. Wer anderen helfen will, braucht dafür Spenden. Das ist auch heute so. Deshalb erst einmal die Spendenanschrift: Kontonummer 01280090000; Dresdner Bank BLZ 65180005.



Großes Lager im Laden der Nachbarschaftshilfe e.V.

Heute ist die Nachbarschaftshilfe ein eingetragener Verein und hat einen Laden in der Bazienstraße. Hier gibt es große Mengen von Textilien vom Sommerrock bis zum Wintermantel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs vom Kinderwagen bis zur Kochplatte – und das alles im Prinzip kostenlos. Aber es ist nicht nur das Warenangebot, was die Nachbarschaftshilfe ausmacht: Da braucht eine Schwangere Kontakte für ein Beratungsgespräch, eine junge Mutter ganz schnell eine komplette Babyausstattung, ein in die Schuldenfalle Geratener schnelle Hilfe, weil der Strom abgestellt wurde, ein Obdachloser etwas zum Anziehen und zum Essen, und außerdem muss die Obdachlosenwohnung

in Ordnung gehalten werden. Frau Pontes sagt: „Unser Laden ist für die Ärmsten der Armen da.“ Er hat dienstags und donnerstags von 10.00 bis 16.00 Uhr geöffnet.

### Gutes aus zweiter Hand – der Rot-Kreuz-Laden

Er befindet sich in der Fischergasse (wir haben berichtet) und bietet Second-Hand-Bekleidung für jedermann zu sehr günstigen Preisen. Der Erlös kommt dem Roten Kreuz zugute. Der Laden wird hauptsächlich von Ehrenamtlichen betrieben. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Freitag 10.00 -17.00 Uhr.

### „Wir helfen“ – ein Qualitätssiegel für Lindau

Seit 15 Jahren gibt es „Wir helfen“, die größte Lindauer Bürgeraktion zur Hilfe für in Not geratene Menschen. Gerade findet in der Führung ein Wechsel statt: Unsere stellvertretende Landrätin Barbara Krämer-Kubas rückt für Ursula Krieger nach. Dieses Lindauer Qualitätssiegel hat auch ein Gesicht: Anneliese Spangehl, die mit Michael Urbanzyk und Georg Jäger „Wir helfen“ gegründet hat. Auch sie kümmern sich um die Ärmsten der Armen und werden dabei von vielen unterstützt: den Lions, den Lindauer Patriziern und viele anderen Vereinen.

Es sind Langzeitarbeitslose, Kleinstrentnerinnen, Alleinerziehende, Behinderte. Und es geht immer um die selben Notlagen: Stromschulden, zerbrochene Brillen, Medikamentenkosten, ein Rollstuhl. „Wir helfen“ arbeitet eng mit der Sozialverwaltung des Landkreises zusammen, mit der Arge Arbeit, mit dem Jugendamt und der Caritas. Ihr Spendenkonto lautet: 620000190 Stadt Lindau bei der Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim BLZ 73150000; Verwendungszweck: Wir helfen.

Bisher hat „Wir helfen“ über 400.000 Euro an die Brennpunkte der Not gebracht. Eine erfolgreiche Arbeit, die nie enden will.



Anneliese Spangehl, Mitbegründerin von „Wir helfen“, im Gespräch mit unseren Mitarbeitern

# Plötzlich ist alles anders

Von Werner Gloning

(Vorsitzender der DGB Region Allgäu-Donau-Iller)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – ich bin verunsichert. Verunsichert, weil vieles von dem, was wir als Gewerkschaften gefordert haben und wofür wir zum Teil massiv bekämpft worden sind, plötzlich politisches Allgemeingut ist. Mehr staatliche Kontrolle, Konjunkturprogramme, Austrocknung von Steueroasen, Vorrang des Menschen vor dem Gewinnstreben – hat man uns dafür nicht noch vor kurzem als ewig gestrig, als Betonköpfe und ähnliches gebrandmarkt? Was so eine Krise doch alles möglich macht! Aber wie gehen wir mit der Krise um? Wie machen wir aus ihr vielleicht sogar eine Chance?

- Wir müssen die Konjunkturprogramme nutzen, um längst notwendige Entwicklungen rasch in Gang zu setzen. Ich nenne als Beispiele die Bildungs- und Energiepolitik. Hier sind jetzt auch die Kommunen in der Pflicht aktiv zu werden.
- Wir müssen die Krise für eine Qualifizierungsoffensive in den Betrieben nutzen. Hier haben wir nicht nur in unserer DGB-Region riesigen Nachholbedarf, um den von der Wirtschaft verursachten Fachkräftemangel zu beheben.
- Wir brauchen in der Krise wesentlich mehr soziale Gerechtigkeit. Deshalb müssen wir gezielt diejenigen fördern, die es nötig haben.

- Und wir brauchen soziale Sicherheit – etwa in Form eines gesetzlichen Mindestlohns. Denn nur wer finanziell abgesichert ist, kann eine Lebensplanung auch umsetzen.
- Bei uns in Deutschland werden derzeit jede Menge Rettungsschirme aufgespannt – auch für solche, die die Krise mit zu verantworten haben. Das geht wohl im Augenblick auch nicht anders. Aber wir müssen aufpassen, dass nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die für die Krise wahrlich nichts können, im Regen stehen, während die Verursacher ihre Schäflein schon wieder im Trockenen haben.

Das Thema Kontrolle wirtschaftlicher Macht muss deshalb auf die politische Tagesordnung, sonst bleiben alle „Rettungsversuche“ Makulatur. Wir brauchen ein Finanzmarktsystem, das seiner Aufgabe, die Wirtschaft mit den nötigen Finanzmitteln zu versorgen, gerecht wird – und kein Casino, wo die von den Menschen erarbeiteten Gelder verzockt werden.

Die Zeit vor uns wird schwierig. Aber, so frage ich, war's schon einmal leicht für uns Gewerkschaften? Wir müssen es packen, wer sonst, wenn nicht wir?

## Das Letzte

Der Knüller stand in der Lindauer Zeitung vom 29. Januar: „Oberbürgermeisterin Petra Seidl und andere Räte der CSU ließen durchblicken, dass sie im Streitfall zugunsten eines schnellen Baus der Unterführung bereit wären, auf die Inselanbindung zu verzichten.“ (Bericht über die Stadtratssitzung vom 27. 1.) Ein starkes Stück!

Liest man das Interview, das Frau Seidl dem Pressereferenten der Stadt, Herrn Wilfried Vögel wenige Tage zuvor für die Bürgerzeitung zum Thema Unterführung gegeben hat, hört sich das noch ganz anders an: „Ja, wir streben unbedingt eine Anbindung eines Inselbahnhofes mit Nahverkehrszügen sowohl aus Richtung Friedrichshafen, Hergatz und Bregenz an.“ Und weiter sagt sie: „Wir wollen die Inselanbindung, die Bahn will den Durchgangsbahnhof in Reutin.“ Auf die Frage ihres Interviewers, ob sich die Bahn in der Frage der Inselanbindung etwas bewegt hat, antwortet sie: „Ja, das sehe ich so. Dazu beigetragen hat sicherlich auch, dass wir im Stadtrat stets einstimmige Beschlüsse dazu gefasst haben und uns nicht auseinander dividieren ließen.“ Aber genau dies ist jetzt mit ihrer Hilfe geschehen!

Die Bahn wird in Reutin nie einen Durchgangsbahnhof erhalten, weil über 90 Prozent aller Züge auch bei einer Standortverlegung in Lindau enden bzw. starten werden. Zudem ist völlig klar, dass die Bahn ohnehin umplanen muss! Denn jeder Zug – einschließlich der Güterzüge, die künftig vermehrt auf der neuen Alpentransversale rollen werden – muss über die geplante Unterführung Langenweg fahren. Und das ist mit den zwei vorgesehenen Gleisen nicht zu schaffen! Die Umplanung hat also nichts mit der Inselanbindung zu tun. Allenfalls die Züge von

Bregenz nach Lindau Hbf und zurück würden bei einem Verzicht auf die Inselanbindung wegfallen.

Schließlich ist anzumerken, dass die Stadt sträflich ihre eigenen Möglichkeiten vernachlässigt. Die 25 Millionenforderung der Bahn AG an die Stadt für eine Inselanbindung ist juristisch nie überprüft worden. Dafür beschäftigen wir unseren Fachanwalt für Verkehrsverwaltungsrecht, Herrn Prof. Dr. Hans-Jörg Birk, Stuttgart. Der würde diesen Erpressungsversuch schon auseinander nehmen. Schließlich ist die Elektrifizierung der Strecke Bregenz-Lindau Insel bereits seit Jahrzehnten vorhanden. Nun braucht sich niemand über die oben aufgezeigte Doppelzüngigkeit unserer Oberbürgermeisterin zu wundern. Sie ist sich treu geblieben. Schon im Oktober 2006 hat sie laut LZ gesagt, „die Stadträte mögen überlegen, wie wichtig der Bahnhof für die Insel wirklich ist.“ Damals ging es ihr um ein Kongresszentrum auf dem Bahnhofsareal. Und das gilt für sie auch heute noch. Auch wenn das nun wirklich überholt ist.

Wir haben jahrelang auf die Unterführung vor der Insel gewartet. Unsere Planungen stehen. Allerdings ist noch keine Erfolgsmeldung zu verzeichnen, ob wir das erforderliche Grundstück für den geplanten Kreisverkehr an der Kolpingstraße überhaupt erwerben können. Die Bahnunterführung muss kommen. Darüber besteht Konsens im Stadtrat. Die Umplanung der DB AG wird nochmals Zeit erfordern. Das ist überschaubar. Der von der Oberbürgermeisterin mutwillig in den Raum gestellte Verzicht auf eine Inselanbindung der Bahn würde uns für immer bleiben. Zum Schaden unserer Inselstadt und zum Schaden der Kongressstadt Lindau.